



Fraktion der FWG – 61137 Schöneck

**Fraktion in der
Gemeindevertretung**

Gemeindevertreterversammlung am 12.03.2026

Rede zum Haushalt der Gemeinde Schöneck 2026

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,

der Haushalt ist jedes Jahr der Moment, in dem sich zeigt, wie ernst wir unsere Verantwortung für unsere Gemeinde nehmen.

Die Einbringungsrede der Bürgermeisterin hat deutlich gemacht, unter welchen schwierigen Rahmenbedingungen wir derzeit weiter arbeiten. Steigende Kosten, Mehrbelastungen durch Kreis- und Schulumlage sowie ein strukturelles Defizit setzen unseren Haushalt erheblich unter Druck. Gleichzeitig stehen wichtige Investitionen an, und viele kommunale Gebäude weisen einen deutlichen Sanierungsbedarf auf.

Gerade in einer solchen Situation kommt es darauf an, verantwortungsvoll mit den finanziellen Möglichkeiten unserer Gemeinde umzugehen.

In Sonntagsreden sind sich meist alle einig:
Wir wollen eine gute Zukunft für Schöneck.
Wir wollen solide Finanzen.
Wir wollen eine lebenswerte Gemeinde.

Doch im Haushalt entscheidet sich, ob diese Ziele auch wirklich ernst gemeint sind.

Denn hier geht es nicht um Absichtserklärungen –
hier geht es um Entscheidungen.

In den kommenden Jahren wird unsere Gemeinde durch den geplanten **Grundstücksverkauf an den Rechenzentrumsbetreiber eine erhebliche zusätzliche Einnahme** erzielen. Diese Mittel werden allerdings erst im nächsten oder übernächsten Jahr tatsächlich zur Verfügung stehen.

Das ist einerseits eine große Chance.

Aber es ist auch andererseits eine große Verantwortung.

Denn eines sollten wir uns immer wieder vor Augen führen:
Dieses Geld kommt genau **einmal**.

Und genau deshalb müssen wir sehr sorgfältig damit umgehen.

Gerade jetzt, kurz vor einer Kommunalwahl, werden viele Ideen und Vorschläge propagiert. Das gehört zur Wahl.

Der Haushalt ist aber der Moment, in dem aus Ideen Verantwortung werden und vor allem, haben wir diese konkrete Einnahme in diesem hier diskutierten Haushalt noch nicht, so dass der Haushalt weiter sehr auf Kante genäht ist. Ich befürchte, dass das den Bürgern aufgrund der vielfältigen Diskussionen um das Rechenzentrum nicht bewusst ist.

2026 bleibt hart!

Die FWG hat in diesen Haushaltsberatungen deshalb bewusst darauf verzichtet, Anträge zu stellen, die den Haushalt zusätzlich belasten würden.

Im Gegenteil.

Wir haben beantragt, die im Haushalt vorgesehenen Mittel für einen geplanten **Kitaneubau** zu streichen.

Nicht, weil wir Kinderbetreuung infrage stellen – ganz im Gegenteil.

Aber wir teilen die Einschätzung, dass es eine sinnvollere und deutlich kostengünstigere Lösung gibt.

Mit der Einrichtung einer zusätzlichen **Waldgruppe** können zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen werden – bei deutlich geringeren Investitionskosten und mit einem pädagogischen Konzept, das von vielen Familien sehr geschätzt wird.

Diese Lösung ist schnell umsetzbar, wirtschaftlich und erweitert das Betreuungsangebot sinnvoll.

Unser erst kürzlich einstimmig angenommener Antrag zur **Priorisierung der Straßensanierungen nach Dringlichkeit auf Grundlage des Kanalzustandsberichts** ist bereits in den Haushalt eingeflossen und findet sich in der Veränderungsliste wieder. Das freut uns, die Veränderungsliste werden wir selbstverständlich mittragen.

Die FWG unterstützt auch grundsätzlich die **Solaroffensive** des Grünenantrags, die Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Liegenschaften vorsehen möchte. Allerdings haben wir einen Sperrvermerk beantragt, weil vor Beauftragungen geprüft sein muss, welche Dächer statisch und aufgrund des baulichen Zustands der Eindeckung PV ohne Probleme ermöglichen, genauso wie die Thematik der Stromspeicherung zu klären ist. Denn klar ist, dass der erzeugte Strom bestmöglich selbst genutzt werden soll, damit es wirtschaftlich ist. Der Sperrvermerk wurde einstimmig angenommen, damit auch der Haushaltsantrag

Was wir allerdings nicht mittragen werden, sind Anträge – egal ob Haushalts- oder haushaltsbegleitende –, die entweder nicht umsetzbar sind oder deren Ausgang eigentlich längst bekannt ist.

Ein Beispiel ist der Antrag zur **Fußgängerbrücke über die Nidder an der Uferstraße**.

Dieser Antrag wird seit Jahrzehnten immer wieder gestellt – mal von der einen Partei, mal von der anderen Wählergruppe.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen haben sich aber nicht geändert. Die naturschutzrechtlichen Vorgaben lassen eine solche Maßnahme derzeit schlicht nicht zu.

Und da muss man dann auch ehrlich sein:

Wenn etwas rechtlich nicht möglich ist, dann wird es auch durch besonders laute Forderungen nicht möglicher.

Alles andere ist Augenwischerei.

Deshalb sollten wir uns auf Projekte konzentrieren, die tatsächlich umsetzbar sind.

Ähnliches gilt für den **Weg durch die Nidderauen zwischen der Bushaltestelle Brücke und dem Baugebiet Talacker**.

Hier erwarten wir, dass die von der FWG vorangebrachte einfache Lösung mit einer Rohrklappe den gewünschten optimierten Effekt bringt.

Erst wenn sich wider Erwarten zeigen sollte, dass weiterhin mehrmals im Jahr der Weg durch Hochwasser überschwemmt wird, kann über andere Lösungen gesprochen werden. Aber warum sollte er? Es ändert aber nebenbei nichts daran, dass der hier von der WAS beantragte Vorschlag einer Höherlegung des Wegs genauso rechtlich unzulässig ist wie die Idee der Brücke bei den Märkten. Das wurde allen Fraktionen am 18. April 24 im BUVEK-Ausschuss von den zuständigen Behörden und vom schon damals beauftragten Fachplaner erläutert.

Vorher brauchen wir also keine weiteren zusätzlichen kostspieligen Anträge.

Und genau an solchen Punkten zeigt sich manchmal der Unterschied zwischen politischen Versprechen und den tatsächlichen finanziellen Rahmenbedingungen.

Apropos Versprechen.

Erlauben Sie mir auch ein paar Worte zu Wahlversprechen, die derzeit im Umlauf sind und ebenfalls Auswirkungen auf unsere zukünftigen Haushalte hätten.

Auch der reflexhafte Ruf nach **Kita-Neubauten als Ersatz für Bestehende** gehört in diese Kategorie.

Nicht jedes Gebäude muss automatisch abgerissen werden, wenn es älter wird.

Nicht jede Einrichtung braucht zwangsläufig einen kompletten Neubau.

Meine Kinder haben sich bis vor 2 Jahren im inzwischen über 50 Jahre alten Kindergarten Löwenzahn unfassbar wohl gefühlt.

Entscheidend ist nicht immer das Baujahr eines Gebäudes.

Entscheidend ist, wie sinnvoll und wirtschaftlich wir damit umgehen.

Meine Damen und Herren,

die Einnahmen aus dem Grundstücksverkauf wird es genau **einmal** geben.

Und genau deshalb müssen wir uns eine einfache Frage stellen:

Wollen wir dieses Geld **möglichst schnell** ausgeben?

Oder wollen wir es so einsetzen, dass unsere Gemeinde **langfristig davon profitiert**?

Für uns ist die Antwort klar.

Die Mittel sollten genutzt werden, um unsere finanzielle Basis zu stärken.

Schuldenabbau kann zukünftige Haushalte entlasten und neue Handlungsspielräume schaffen.

Aber hauptsächlich müssen wir überlegen, wo Investitionen sinnvoll sind und langfristig einen echten Nutzen für unsere Gemeinde bringen und **langfristige Rendite** für unseren Ergebnishaushalt garantieren.

Denn die Herausforderungen der kommenden Jahre **bleiben** groß: Infrastruktur, öffentliche Gebäude, Schulen und Betreuungseinrichtungen.

Wenn wir morgen alles ausgeben,
fehlen uns übermorgen genau die Mittel, die wir brauchen.

Besonders polemisch halten wir deshalb auch zum aktuellen Zeitpunkt die Forderung nach einer **Senkung der Grundsteuer um 100 Punkte**.

Das klingt zunächst attraktiv, wer zahlt schon gerne Steuern?

Tatsächlich reden wir dabei aber über rund **400.000 Euro weniger Einnahmen im Ergebnishaushalt pro Jahr**. Wir gehen davon aus, dass diese Zahl allen klar ist.

Eine solche Entlastung kann erst dann seriös diskutiert werden, wenn wir unser strukturelles Defizit im Ergebnishaushalt dauerhaft abgebaut haben und tatsächlich stabile Überschüsse erwirtschaften.

In der Zeitung war zu lesen, dass dies durch Entschuldung erreicht werden soll.

Wer – wie wir Gemeindevertreter alle – die Kreditlaufzeiten, die Höhe der Kredite sowie die Zins- und Tilgungsbelastungen nicht im Detail kennt, weiß: es fehlt das Basiswissen, um bereits jetzt konkrete Zahlen für eine Grundsteuersenkung zu versprechen.

Es zeigt sich somit schon jetzt:

Wenn man nicht aufpasst, ist eine Einmaleinnahme schneller verplant, als man „Haushaltskonsolidierung“ sagen kann.

Statt langfristige Stabilität zu sichern, droht dann genau das Gegenteil:

kurzfristige Wahlgeschenke.

Die FWG steht deshalb für eine Politik mit klaren Prioritäten, Augenmaß und langfristiger Verantwortung.

Denn am Ende zählt nicht, welche Idee den größten Applaus bekommt.

Entscheidend ist, welche Entscheidung unserer Gemeinde wirklich hilft.

Gerade vor Wahlen werden viele Erwartungen formuliert.

Aber nach der Wahl bleibt der Haushalt.

Und mit ihm die Verantwortung für die Entscheidungen, die wir heute treffen.

Die FWG wird diesem Haushalt zustimmen.

Verbunden ist das mit dem klaren Anspruch, auch künftig darauf zu achten, dass kurzfristige Begehrlichkeiten nicht über langfristige Verantwortung gestellt werden.

Gemeinwohl vor Einzelwohl, gemeinsame Lösungen statt Alleingänge, dafür steht die FWG bislang ...und auch weiter nach dem 15. März.

Vielen Dank.

Für die FWG-Fraktion

Matthias Geisler, Vorsitzender

Es gilt das gesprochene Wort